

# „Moralische Verpflichtung“

Buchholzer Bürger werden zum Bau des Ostrings befragt / Zustimmung bei der Wirtschaft

os. Buchholz. Neues Kapitel in der Endlos-Geschichte „Ostring“: Die Bürger sollen über den Bau der umstrittenen Umgehungsstraße in Buchholz mitentscheiden. Bei der nächsten Ratssitzung am Dienstag, 15. Mai, wird die Satzung vorgestellt, die das genaue Prozedere beschreibt. Spätestens nach sechs Monaten muss abgestimmt werden.



Freddy Brühler



Wolfgang Schnitter

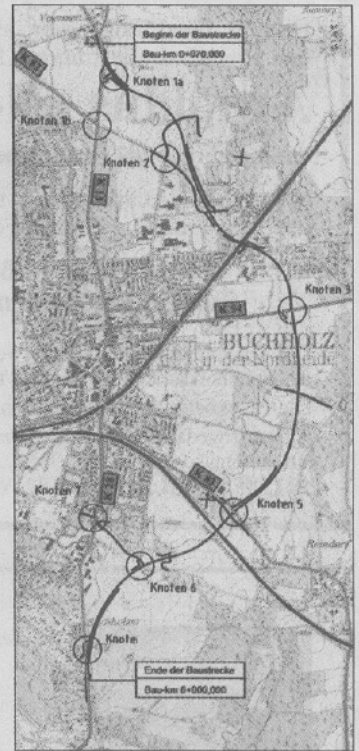
ter Eckhoff (Buchholzer Liste). Er ist einer der Lokalpolitiker, die aus Versehen - wie er betont - und gegen seine Überzeugung für die Bürgerbefragung stimmte. Das Vorgehen sei schlechter Stil. Er werde das persönliche Gespräch mit den Ostring-Befürwortern suchen, um die Bürgerbefragung noch zu stoppen, kündigte Eckhoff an. Die Erfolgchancen dürften bei Null liegen.

● In der Buchholzer Wirtschaft kommt die anstehende Bürgerbefragung gut an. „Dadurch kommt endlich Ruhe in die Sache“, sagt Freddy Brühler vom Handy-Store im City Center. Der Verkehr in der Buchholzer Innenstadt müsse dringend verringert werden, dazu sei der Ostring ein gutes Mittel.

Wolfgang Schnitter, Vorsitzender der Buchholzer Wirtschaftsrunde, sieht die Verwaltung in der Pflicht: „Sie muss eine Satzung formulieren, die hieb- und stichfest ist.“ Die Bürger müssten genau wissen, worüber sie abstimmen. Für den Rat gebe es eine

Der Rat hatte überraschend für einen Antrag der CDU gestimmt, die Bürger noch einmal zu dem 35-Millionen-Euro-Projekt, das zusammen mit dem Kreis umgesetzt werden soll, zu befragen. Das Votum ist für den Rat nicht bindend. Trotzdem versprachen alle Fraktionsvorsitzenden, das Ergebnis zu akzeptieren.

Auch zwei Tage nach der Abstimmung im Rat herrschten Frust bei den Ostring-Gegnern und Empörung über den Antrag der CDU. Es sei nicht fair gewesen, diesen plötzlich hervorzuholen und nicht erst schriftlich vorgelegt zu haben, kritisiert Pe-



Diese Planung wurde 2011 vom Gericht kassiert

„moralische Verpflichtung“, den Bürgerwillen umzusetzen, egal wie die Abstimmung ausgeht.

## Endet Urnengang vor Gericht?

(os). Die Abstimmung im Rat hat womöglich ein gerichtliches Nachspiel. Jan Stöver (CDU) erwägt, gegen Arne Ludwig (Piratenpartei) vorzugehen. Beide hatten die Stimmen beim entscheidenden Urnengang ausgezählt. Ludwig wirft Stöver nun indirekt vor, das Ergebnis womöglich gen verwehrt sich der CDU-Mann energisch. Mehr dazu in unserer Mittwoch-Ausgabe.